

## Antrag der Fraktion der CDU

### Ausstieg statt Konsum - Für eine konsequente staatlich gesteuerte Drogenbekämpfungs- und Drogenausstiegspolitik in Bremen!

„Comeback ins Elend“- So lässt sich die aktuell praktizierte Drogenhilfepolitik des Senats für die Stadt Bremen überschreiben. Der gesundheitspolitische Schwerpunkt vermeintlicher Hilfe für suchtkranke Menschen, insbesondere für Abhängige von illegalen Drogen, liegt seit Jahren auf Begleitung von Konsum statt Ausstieg aus Konsum. Das Elend auf den Straßen und Plätzen unserer Stadt wächst immer mehr vor aller Augen der Öffentlichkeit und wird immer weniger erträglich für Bürgerinnen und Bürger. Angesichts dieser Verwahrlosung nehmen gesellschaftliche Akzeptanz und Toleranz ab, Straßenkriminalität, aggressives Betteln und Müllberge dagegen zu. Nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion gehören suchtkranke Menschen nicht auf die Straße und auch nicht in einen Container mit Ausgabe von „sauberem Besteck“ für gesundheitsgefährdende Substanzen. Jedenfalls dann nicht, wenn nichts folgt: keine Übergänge in Substitution, Entzug, Entgiftung, Entwöhnung, keine Perspektiven. Das jedoch ist täglich traurige Praxis, vor der die rot-grün-linke Regierungskoalition in Bremen unverantwortlich alle Augen verschließt.

Die sogenannte „Integrierte Drogenhilfestrategie“ unter Federführung der linken Gesundheitssenatorin verdient den Namen nicht. Sie ist keine. Warum nicht? Weil das Sammelsurium von vorgeblichen Maßnahmen den Weg aus dem Elend zurück ins Leben völlig aus dem Fokus verliert, weil im System kein Rädchen ins andere greift, weil ein ressortübergreifendes Miteinander im Kampf gegen „Drogen-Deal“ und „Drogen-Meal“ nicht funktioniert, weil insbesondere die Ressorts Gesundheit und Inneres sich gegenseitig immer wieder Versagen vorwerfen, weil die Debatten und praktizierte Angebote viel zu stark ideologisiert sind, weil Trägerinteressen dominieren und vor gesundheitliche Interessen der Suchtkranken gestellt werden, weil immer mehr Steuer-gelder in sogenannte Eckpunkte und Maßnahmen fließen, die letztlich vor allem Strukturen und Personalkosten von Trägern finanzieren, nicht jedoch bei den Betroffenen als echte Lebenshilfe ankommen.

„Um prioritär dringend notwendige Hilfemaßnahmen finanzieren zu können, wurden für eine unabhängige, wissenschaftliche Evaluation in 2024 keine Mittel zur Verfügung gestellt.“, so steht es geschrieben im Sachstandsbericht des Senats vom Mai 2025. Wer den berechtigten Versuch unternimmt, Licht ins Dunkel der Blackbox des Hilfesystems, insbesondere in Maßnahmen des größten Trägers der Comeback gGmbH zu bringen, sieht sich konfrontiert mit Anwürfen sozialer Kälte. Dies werden wir nicht länger dulden.

Was für eine Chronik des Versagens: Vollmundig kündigte die Gesundheitssenatorin auf Beschluss des Senats im Dezember 2019 einen „Integrierten Drogenkonsumraum“ betriebsfähig zum 01.01.2021 an, als Übergangslösung einen Drogenkonsumbus. Den Bus gab es nie, den Drogenkonsumraum bis dato nicht. Stattdessen wurde im September 2020 ein als Provisorium deklarierter Drogenkonsumcontainer in der Friedrich-Rauers-Straße eröffnet (Kosten pro Jahr etwa 1 Mio. Euro), der nunmehr sein fünfjähriges Jubiläum begeht. Immer wieder wurde der Integrierte Drogenkonsumraum angekündigt, so beispielsweise im Mai 2022 für

das zweite Halbjahr 2023. Nunmehr wird die Inbetriebnahme nach den laufenden Umbaumaßnahmen der bereits seit dem 01.01.2023 angemieteten und vom Steuerzahler teuer bezahlten Lagerhallen (17 Jahre Mietdauer 2023-2039 mit einem Mietzins in Höhe von 7,46 Mio. Euro) unbestimmt auf das Frühjahr 2026 terminiert. Der Bauantrag des für 2021 angekündigten Drogenkonsumraums wurde erst im Juli 2023 gestellt; der Umbau begann im Oktober 2023.

Im Schatten der Baustelle jedoch bezog die Geschäftsstelle des Trägers des Drogenkonsumcontainers, die Comeback gGmbH, bereits zum 01.01.2023 am Breitenweg 57-59 eine üppig mit öffentlichen Zuwendungen ausgestattete Büroetage mit 16 Räumen auf 450 qm, hinter die die Öffentlichkeit jedoch nicht schauen soll. Für den eigentlichen Drogenkonsumraum dagegen sind lediglich 237 qm der angemieteten Gesamtfläche von 1.336 qm vorgesehen. Zudem betreibt Comeback einen sogenannten „Ru-he- und Regenerationsort RegO“ in den Räumlichkeiten der früheren „Stubu“-Diskothek (Kosten pro Jahr 1,1 Mio. Euro) sowie weiterhin das Kontakt- und Beratungszentrum (KBZ) im „Tivoli“ am Rembertiring. Und dies ungeachtet dessen, dass seit 2019 vom Senat immer wieder in Vorlagen versprochen wurde, die enormen Kostensteigerungen mit einer Zusammenführung von Einrichtungen und Projekten zu legitimieren. Ursprünglich wurden für den Integrierten Drogenkonsumraum Kosten in Höhe von 1,4 Mio. Euro kalkuliert unter der Bedingung einer Schließung des KBZ „Tivoli“. Seit Jahren nun werden Doppel- und Dreifachstrukturen öffentlich finanziert, die ein Vielfaches dieser Kalkulation betragen. Die Einschaltung des Landesrechnungshofes zur Überprüfung aller in die Drogenhilfepolitik fließenden Steuergelder wäre dringend geboten.

Cui bono? Wem nützt die aktuelle Politik des Senats Bovenschulte wirklich? Den Drogenabhängigen nicht. Besonderer Nutznießer dieser Politik ist die Comeback gGmbH. Zählte sie im Jahr 2019 vor Ressortübernahme der linken Gesundheitssenatorin noch 32 Beschäftigte, so waren es nach Auskunft der Gesundheitsbehörde im Jahr 2023 bereits 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; der Träger selbst spricht von 80. Noch im Jahr 2017 betrug die Bilanzsumme der gemeinnützigen Gesellschaft 279.987 Euro, im Jahr 2020 bereits 879.428 Euro. Freihändig und ohne jede Ausschreibung wurden der Comeback gGmbH durch die Gesundheitssenatorin immer mehr öffentliche Aufträge, der Betrieb des Drogenkonsumcontainers und des geplanten Drogenkonsumraums, RegO u.a. Projekte zugeschlagen und dies in enger persönlicher Verflechtung von Akteurinnen mit gleichem Parteibuch.

Derweil nimmt das Elend von Drogenkonsum immer mehr zu und breitet sich ausgehend vom Hauptbahnhof und von der Innenstadt weiter in die Stadtteile aus. Den Suchtkranken nutzt diese Politik nicht. Im Gegenteil. Ein Betroffener, den der WESER-KURIER im Mai 2025 befragte, schildert seine Eindrücke: „Die Grundversorgung ist okay. Es gibt Kleiderkammern, Notunterkünfte, Orte zum Duschen in der Stadt. Aber der nächste Schritt ist in Bremen genauso schwierig wie anderswo.“ Er sucht gerade eine Arztpraxis mit einem Substitutionsprogramm: „Da haben mir die vom Rego auch nicht helfen können.“ Um Perspektiven geht es auch bei den Angeboten von Come-back überhaupt nicht, wie Streetworker dieses Trägers bereits 2022 gegenüber buten un binnen ehrlich mitteilten: „Wir können basal helfen, am Leben zu bleiben. Was wir nicht können, wirkliche Perspektiven bieten.“ Was für ein Leben? Vielmehr gehe es dem Träger nach Auskunft ihrer Geschäftsführung nur um Orte, wo man illegale Drogen „sicher“ und „hygienisch“ konsumieren könne. Wo Drogenabhängige im RegO-Projekt bei Schließung um 18:00 Uhr von den Ruheliegern geschubst werden und sehen müssen, wie sie mit ihrem Dasein auf der Straße die Nacht überstehen. Wie zynisch gegenüber kranken Menschen, denen keine Auswege in Substitution, Entzug, Entgiftung, Entwöhnung und Wiedereingliederung in das Leben und in die Gesellschaft aufgezeigt werden.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wendet sich mit dem vorliegenden Antrag entschieden gegen diese Praxis einer vermeintlichen Drogenhilfepolitik, gegen die Verschwendug von Millionen Euro an Fördergeldern in den Händen von Trägern, die den suchtkranken Menschen keine Chance auf Gesundung und keine Perspektiven bieten. Die Steuerung und Umsetzung von

geeigneten Projekten und Maßnahmen gehört in Bremen, wie bereits vor 2005, wieder in staatliche Verantwortung. Es bedarf einer echten Integrierten Drogenhilfestrategie, einer neuen Gewichtung: Weg von Konsum, hin zu weitaus mehr Angeboten für Substitution, Entzug, Entgiftung, Entwöhnung und Integration. Dies erfordert mehr gesundheitliche und medizinische Kompetenz. Dringend braucht es eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation, bloße Zahlen über Konsumenten- und Konsumvorgänge aus dem Container und nicht nachweisbare Kontakte von Streetworkern sind inhaltsleer und führen nicht weiter im Ziel echter Lebenshilfe. Raus aus dem Elend! Rein ins Leben zurück! Das bleibt unsere Maxime in der Suchthilfe.

### **Beschlussempfehlung:**

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft bewertet die seit 2019 praktizierte Drogenhilfepolitik als gescheitert. Der Fokus auf „sauberen“ Konsum illegaler Substanzen greift nicht im Ziel einer echten Lebenshilfe für drogenabhängige Menschen. Der Weg in ein menschenwürdiges Leben zurück aus dem Drogenkonsum kann nur über gesundheitliche und medizinische Hilfen wie Substitution, Entzug, Entgiftung, Entwöhnung sowie über soziale Hilfen für Integration in Wohnen, Ausbildung, Arbeit und Alltagsbegleitung führen. Kranke Menschen gehören nicht auf die Straße und nicht in Container, sondern in klinische Therapie. Das Ziel ist Suchtmittelabstinenz. Hierzu braucht es mehr Kraftanstrengung der Politik in Bremen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

2. ein neues Leitbild in der Sucht- und Drogenhilfepolitik zu entwickeln, welches den Menschen mit seiner Suchterkrankung in den Mittelpunkt stellt, seine persönliche Entwicklung ganzheitlich in den Blick nimmt und auf Eigenständigkeit, Selbstbestimmtheit, Fähigkeit zur Selbstaktualisierung der Lebensweise, Förderbarkeit und ein passgenaues Fallmanagement setzt;
3. eine Umkehr in der gesundheitspolitischen Drogenhilfe vorzunehmen: Weg von kostenintensiven niedrigschweligen Angeboten ohne nachweisbare Wirkung, hin zu mehr ausstiegsoorientierten Angeboten mit Zielvorgaben und Evaluation;
4. die im Jahr 2005 erfolgte Überführung der Drogenhilfe und Drogenberatung in freie Trägerschaft umgehend rückgängig zu machen und diese wieder in staatliche und kompetente Verantwortung zu geben: durch eine Reorganisation der Drogenhilfe-politik mittels Wiedereinrichtung einer eigenständigen „Steuerungsstelle Drogenhilfe“ sowie durch mögliche Überführung von qualifiziertem Trägerpersonal in feste Stellen unter dem Dach des Gesundheitsamtes bei entsprechender Qualifikation, Professionalität und Eignung;
5. den niedrigschweligen Konsumangeboten und Beratungen ohne Anspruch, ohne Zielvorgaben, ohne Kontrolle und Evaluation ein Ende zu setzen und der Come-back gGmbH umgehend alle öffentlichen Zuwendungen zu entziehen;
6. eine neue Gewichtung und Prioritätensetzung in der gesundheitlichen Drogenhilfepolitik vorzunehmen, die vorrangig eine Vernetzung diverser Angebote realisiert, Mittel und

Kräfte auf Substitution, Entzug, Entgiftung, Entwöhnung und Integration mit begleitenden Therapieangeboten, insbesondere psychosozialer Stärkung sowie Selbsthilfe konzentriert;

7. den seit 2019 angekündigten „Integrierten Drogenkonsumraum“ nunmehr umgehend in Betrieb zu nehmen unter der Maßgabe, Parallelstrukturen (wie KBZ oder RegO) sofort zu schließen und den geplanten Drogenkonsumraum unter staatlicher Verantwortung neu und streng als ausschließliche Durchgangsstation, als integralen Bestandteil einer Drogenhilfekette anstelle einer Konsum-Daueranlaufstelle zu konzipieren und zu organisieren;
8. keine weiteren „Toleranz- und Akzeptanzflächen“ auszuweisen und bei den bereits bestehenden Flächen endlich die Stadtteilbevölkerung in öffentlichen Bürgerforen einzubeziehen, die Mitsprache auch über die Beiräte zu garantieren und die Akzeptanz und Toleranz gegenüber der Wohnbevölkerung zu beachten und zu wahren;
9. den „Nachschub für Bremen“ zu stoppen, Drogendelikte strafrechtlich konsequenter zu verfolgen und den Kampf gegen Drogendealer und deren Hintermänner so-wie gegen den Drogenschmuggel, insbesondere an den Bremerhavener Häfen, zu intensivieren;
10. die ressortübergreifende Verantwortung im Senat wahrzunehmen, insbesondere die stärkere und bessere Zusammenarbeit zwischen den Ressorts Gesundheit, Soziales und Inneres zu gewährleisten.

Heiko Strohmann, Rainer Bensch, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU